

## **Den Worten müssen Taten folgen, Herr Ministerpräsident!**

Ein Kommentar von Hugo Müller

Das war Balsam auf die Seelen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Saarlandes, und insbesondere der Beamtinnen und Beamten. Rief ihnen doch der Ministerpräsident höchst persönlich über die Saarbrücker Zeitung am 26. August diesen Jahres zu: „Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Ihr müsst bis 2009 keine weiteren Opfer bringen!“

Na super, dachten wohl die meisten Beschäftigten, insbesondere in der Polizei. Nach Arbeitszeiterhöhung, realen Einkommensverlusten über einige Jahre, massiven Einschnitten bzw. Belastungen bei der Beihilfe und der Altersversorgung sowie einer mehr als schmerzhaften Kürzung bzw. Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld endlich mal wieder ein gutes Signal, das Licht am Ende des Tunnels sozusagen.

Die, die glaubten und neue Hoffnung schöpften, mussten aber schon einige Tage später irritiert sein. Wurde doch am 20. September in der SZ von einem Gespräch der Landesregierung mit dem DBB-Vorstand am 19. September berichtet, wo es plötzlich wieder hieß, dass das Saarland ja wie Bremen ein Haushaltsnotlageland sei und man allenfalls an eine Übernahme der prozentualen Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahre 2008 denke. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass von Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007 –wie im neuen Tarifvertrag für Tarifbeschäftigte geregelt- für Beamtinnen und Beamte Abstand genommen würde. Um es klar zu sagen: Das wäre ein „dicker Hund“!

Im Sinne einer sozialen Staffelung erhält z.B. die Gruppe von Tarifbeschäftigten, die mit den meisten Polizeibeamtinnen und –beamten bzgl. ihres Einkommens vergleichbar ist, durch den neuen Tarifvertrag für die Jahre 2006 und 2007 Einmalzahlungen von insgesamt 610,- Euro. Diese Einmalzahlungen den Beamtinnen und Beamten vorenthalten zu wollen, wäre doch genau das, was der Ministerpräsident bis 2009 ausgeschlossen hat, nämlich ein weiteres einseitiges Opfer. Nur um Missverständnissen vorzubeugen: Unsere Tarifbeschäftigten haben sich die Einmalzahlungen und prozentualen Erhöhungen mehr als verdient, die Beamtinnen und Beamten aber eben auch. Und bei letztgenannten neuerlich ihre beamtengesetzliche Abhängigkeit für Schlechterstellungen zu nutzen, wäre vor allem vor dem Hintergrund der oben genannten Botschaften ungeheuerlich.

Dass es auch anders geht, hat jüngst die Landesregierung in Baden-Württemberg bewiesen. Sie hat nämlich auch für Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger Einmalzahlungen für 2006 und 2007 beschlossen, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf „die berechtigten Erwartungen der Beamten, an der wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben“.

Ich hoffe, dass die Berichterstattung über das vorerwähnte Gespräch vom 19. September ein Missverständnis war. Dies im positiven aufzuklären, hat Ministerpräsident Peter Müller Gelegenheit am 17. Oktober 2006. Dann werden sich nämlich um 14.00 Uhr die Vorsitzenden von DGB, Verdi, GEW und GdP mit ihm und weiteren Vertretern der Landesregierung treffen, um neben dem Thema Föderalismusreform genau über dieses Thema zu reden. Unsere Erwartung ist dabei ganz einfach und klar: Es gibt einen Tarifvertrag, dessen Inhalte auf den Beamtenbereich zu übertragen sind. Alles, was dahinter zurückbleibt, ist ein neues Opfer. Das hat der Ministerpräsident aber ausgeschlossen.

**Also, Herr Ministerpräsident: Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen!**